

Mit dem Kopftuchverbot an seinen Schulen achtet Frankreich die Autonomie der modernen Zivilisation. Es geht um Hoheitsgebiete der Aufklärung und die Staatsfähigkeit des Westens.

Der Wert der Laizität

25. März 2004, Gerd Held

Ironie der Zeitgeschichte: Der heftigste Gegner des Irakkrieges sieht sich veranlaßt, einen eigenen Feldzug zu beginnen. Frankreich verbannt das islamische Kopftuch aus den öffentlichen Schulen. Von September an wird am Schultor darüber gewacht werden, dass es ebenso abgelegt wird wie die Gebotskleidungen anderer Religionen. Man sollte dem kommenden Szenario - Schüler im Polizeigriff, Tränen, Geschrei bis hin zu Märtyrerreaktionen – schon jetzt ins Auge blicken. Es wird Schulverweise von solchen Lehrern und Schülern geben, die das religiöse Gebot über das weltliche Schulgesetz stellen. Dagegen wird das ganze Tiefenregister religiöser Bindung mobilisiert werden. Der Verhüllungszwang wird sich als innere Seelenfreiheit maskieren. Und die Mitschüler und Mitlehrer werden nicht nett zivilgesellschaftlich danebenstehen können, sondern das Verbot im Schulalltag mittragen müssen: Jeder Citoyen wird Teil des Staates und die Staatsräson eine Zivilisation für jeden Tag. So kommt die „Wiederkehr der Politik“, die die Kritiker der „Allmacht der Ökonomie“ immer gefordert haben, tatsächlich durch die französische Tür, aber sie kommt in einer viel härteren Gangart, als sich das unsere antiamerikanischen Marktkritiker haben träumen lassen.

Mit der Laizität vertritt Frankreich seine republikanische Essenz und seinen ureigenen Beitrag zur westlichen Zivilisation. Hier gibt es im Grunde kein Zurück. Es mag in diesen Tagen nicht wenige geben, die darauf wetten, daß die französische Gesellschaft zu bequem ist, einen Schnitt wie das Kopftuch-Verbot wirklich zu ziehen. Viele Islamisten sehen hier die Chance zu einer siegreichen Schlacht im Kulturkampf gegen einen angeblich seelenlosen Westen. Sie könnten sogar kurzfristig Recht behalten. Zu wenig ist das Land auf eine solche Konfrontation vorbereitet. Auch kann man sich schon die wohlfeile Schlaumeier-Häme in den deutschen Medien vorstellen, wenn es zu einem schmerzhaften Schulkampf kommt. Aber längerfristig geht das Kalkül der Islamisten nicht auf. Denn auf Seiten des französischen Laizismus steht ein Geist, der in seiner säkularen Äußerlichkeit mehr aufzubieten hat als das Selbstopfer der Gotteskrieger.

Das „Kopftuch-Verbot“ beinhaltet eigentlich drei Elemente. Das erste ist eine Untersuchung. Es gab 140 Anhörungen im ganzen Land, und dabei wurde etwas Unerwartetes zu Tage gefördert. Das Selbstbild des Landes mußte korrigiert werden. Die Antworten von Lehrern, Eltern, Schülern, von Krankenpflegern, Sportlern, Streifenpolizisten, Bistrosbesitzern oder Müllarbeitern zeigten, dass es nicht nur einzelne „Vorfälle“ sondern eine systematische Untermi- nierung des öffentlichen Lebens gibt. An Schulen werden Unterrichtsteile boykottiert, in Krankenhäusern werden Behandlungen mit männlichen Pflegekräften abgelehnt, auf Schulhöfen, in Parks und Sportstätten werden kleine Reiche abgegrenzt. Diese ethnische, religiöse oder geschlechtliche Privilegienbildung ist dabei, die kulturübergreifenden Bestände und Normen der *Civilisation Francaise* zu verdrängen. Es spricht Bände, wenn im Zuge dieses

Verfahrens der Soziologe Alain Touraine, dessen Lebenswerk in der Skepsis gegenüber einem übermächtigen Staat bestand, nun den Staatseingriff befürwortet.

Das zweite Merkmal ist eine Art Frontbegradigung. So soll ein islamischer und ein jüdischer Feiertag neu eingeführt werden und auf Friedhöfen eine islamische Grabordnung ermöglicht werden. Frankreich bekräftigt so die Religionsfreiheit. Es zeigt, dass Laizität nicht Verdrängung heißt, sondern Trennung. Ein Bereich religiöser Geltung und ein Bereich weltlicher Geltung werden geschieden. Jede Religion hat den Respekt der Republik; sie hat aber auch ihrerseits die gemeinsamen Güter der Republik zu respektieren. Laizität bedeutet eine gegenseitige Bringschuld. Das weltliche Gesetz muß an bestimmten Punkten vor dem religiösen Gebot zurückstehen, und umgekehrt muß sich dies Gebot mancherorts vor dem weltlichen Gesetz beugen. Die Grenzfindung ist häufig delikate. So macht man einen Unterschied zwischen den religiösen Ernährungs- und Kleidungs Vorschriften. In Schulkantinen wird es Speisen ohne Schweinefleisch geben, aber kein Kopftuch. Ebenso macht man einen Unterschied zwischen einem religiösen Accessoire an der Kleidung (einem Anhänger, einer Shirtaufschrift) und einem Kleidungsstück, das die freie Entfaltung der Persönlichkeit präjudiziert. Der islamische Schleier ist eben kein simpler Schal. Die laizistische Distinktion erfordert vom Gesetzgeber Finesse und Präsenz im Alltag. Der Staat muß Zivilisation machen, Zivilisationsfragen müssen Staatsrang haben.

Zum Dritten wird mit der öffentlichen Schule ein Terrain abgesteckt, auf dem die säkularen Bestände Vorrang haben. Dem müssen sich alle ohne Ansehen der Person beugen. Jeder muss sich hier dem Prinzip der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit, der Relativierung von Werten und der ästhetischen Grenzüberschreitung aussetzen. Die Freiheit von Geist und Körper setzt Öffnung voraus, ein religiöses Verhüllungsgebot schränkt diese ein und muss beim Eintritt in die Schule – und nur hier – gebrochen werden. Dies ist eine Bringschuld jedes Citoyen. Sie ist nicht verhandelbar, aber auch begrenzt. Es gibt viele – öffentliche und private – Terrains, auf denen die Religionsfreiheit Vorrang hat. Für Neubürger ist diese Bringschuld im Vergleich mit einer Sprachprüfung weniger aufwendig, aber sie ist äußerst wirksam. Sie bekräftigt auf eine einfache Weise die normative Kraft der modernen Zivilisation.

Frankreich entscheidet, Deutschland will nicht entscheiden. Der Unterschied könnte größer nicht sein. Hierzulande wird keine Untersuchung durchgeführt, sondern eine „Debatte“. Mit bevormundender Hast hat man es auf eine Bestandsaufnahme der Zustände im Land gar nicht erst ankommen lassen. Der Bundespräsident sagt, ein Kopftuch-Verbot sei der erste Schritt zu einer „Verbannung religiöser Zeichen und Symbole aus dem öffentlichen Leben“. Doch niemand in unserem Nachbarland käme auf den Gedanken, das Kopftuch in öffentlichen Räumen wie Straßen, Metros, Supermärkten oder Sportstadien zu verbieten. Aber Deutschland kennt nur ein prinzipielles Ja oder Nein. Laizität kann man sich deshalb nur als einen quasi-religiösen „Kult der Vernunft“ vorstellen. Man verwechselt Voltaire mit Rousseau und Montesquieu mit Robespierre. Es gibt auch die Forderung, den weltlichen Machtansprüchen des Islamismus eine christliche Identität mit ähnlichen Ansprüchen entgegenzustellen. Dann aber wäre das Staatswesen entkernt und um seine zivilisatorische Substanz gebracht. Man redet über das Kopftuch aber nicht über die Schule. Nicht zufällig, denn als Hoheitsgebiet der Aufklärung ist die Schule hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten abgebaut worden zu Gunsten einer Art Dienstleistungsagentur für die individuellen Biographien der Schüler. Deutschland hat immer größere Schwierigkeiten, im Unterricht die Bedeutung positiven Wissens und harter Regeln von Naturwissenschaften oder Sprachen durchzusetzen. Wer Schule

nur als Ort der Selbstentfaltung versteht, wo die Vorurteile junger Menschen über die Natur, die Marktwirtschaft oder einen Kunststil ihre Blüten treiben, der wird auch ein Kopftuch nur als weitere Blüte wahrnehmen. Hinzu kommt das bundesrepublikanische Grunddogma „Zwang bringt nichts“, demzufolge eine Kleidungsregel niemals durch den Staat gesetzt werden dürfe. Es wird gefordert, die Bewertung des Kopftuchs den einzelnen Schulen zu überlassen – und warum eigentlich nicht noch weiter herunter in die einzelne Schulklasse oder in die Tischnachbarschaft einzelner Schüler? Doch noch niemand hat zeigen können, welche zusätzlichen Erkenntnisse aus dieser Basisnähe erwachsen sollen. Soll es um Seelenschau bei jedem Einzelnen gehen? Die öffentliche Schule darf gerade keine Gesinnungsanstalt sein. Es geht um überpersonale Bildungsbestände. Für sie aber darf ein Bildungsminister die Courage nicht an Lehrer und Schüler abtreten.

An diesem Punkt wird ein Vorteil der äußerlichen, allgemein-gesetzlichen Liaison von Zivilisation und Staat nach französischem Vorbild sichtbar. Und eine deutsche Hypothek. Denn die Konzeption des Bildungswesens bildete einen frühen Scheidepunkt für den deutschen Sonderweg. Die sogenannte „deutsche Bildungsidee“ ist zwischen 1760 und 1790 als eine Art Gegenprogramm gegen die französische politische Säkularisierung entstanden – und gegen die angelsächsische ökonomische Säkularisierung. Sie war als ein tieferes, organischeres Entwicklungsprogramm gedacht. Wo Montesquieu, Voltaire, Diderot, Hume, Locke oder Hobbes die Bälle flach hielten, hantierte ein Herder oder ein Wilhelm von Humboldt mit idealistischen Universalgrößen. „Der Mensch“ sollte als geschichtsmächtiges Subjekt Natur und Kultur in sich vereinigen können. Bildung war dabei der Hebel und sie galt als „Wachstum“ innerer Anlagen, jenseits der äußerlichen Zwänge von Staat und Wirtschaft. Diese wundersam in den Himmel wachsende Innerlichkeit des deutschen Bildungsidealismus war stets auch Theologie. Es ist mehr als eine Anekdote, daß sowohl Herder als auch Humboldt Paris-Geschädigte waren. Der frustrierte Herder flüchtete sich nach Bückeburg in den Dienst eines Fürstbischofs, und Humboldt verfasste nach seinem Paris-Aufenthalt flugs eine Betrachtung über „Die Grenzen der Wirksamkeit des Staates“. In der Realgeschichte unseres Landes wirkte diese Bildungsidee eher als ein Verzögerungsprogramm, und die Blamage von 1848 war ihr Offenbarungseid. Der Aufschwung des späteren 19. Jahrhunderts mußte ganz neu und anders ansetzen.

Eine gewisse Staats- und Wirtschaftsferne ist auch gegenwärtig in der Bundesrepublik feststellbar. Man betrachtet beide Systeme eher als nützliche Knechte und entsorgt dorthin auch gern die Verantwortung für die finsternen Seiten der Geschichte entsorgt. Im Bildungsthema aber hat man seit den 60er Jahren eine Art unbefleckte Empfängnis wiedergefunden, und dies ist wohl auch außenpolitisch die Geburtsstunde des heutigen deutschen Weltpädagogen. Der Westen liegt woanders. Die Säkularität der Moderne ist wirtschafts- und staatsnah, aber durchaus aus tieferen religiösen Gründen. Den „angloamerikanischen“ Weg hat Max Weber wohl am besten getroffen, als er den kapitalbildenden Ehrgeiz auf die calvinistische Glaubensreform zurückführte. Der „französische“ Weg der Laizität ist anders. Hier wird nicht intern der Glaube gereinigt, sondern all der moralische und materielle Reichtum, der in der römisch-katholischen Kirche angehäuft war, über die Grenzen dieser Kirche hinausgetrieben und ihr als eigenständige, staatlich-säkulare Zivilisation gegenübergestellt. Dieses laizistische „Umkippen“ der religiösen Überschüsse steht der calvinistischen Askese an Reichweite nichts nach, aber er setzt nicht utilitaristisch-dezentral von unten an, sondern zivilisatorisch-zentral von oben. Die Moderne speist sich aus zwei Quellen und beide finden ihre motivierende Kraft in einer neuen Form des Gottesbezugs, die auf eine Gebotsherrschaft verzichten kann. In beiden Fällen wurde die Verantwortung der Menschen vor Gott erhöht, indem eine säkulare Welt

in eigene Rechnung übernommen wurde. Jede Vermischung von Gott und Welt enthält demgegenüber eine fundamentale Schwäche. Wer Gott für weltliche Anliegen in Anspruch nimmt, setzt Gott herab.

Ohne Zweifel enthält der Islam einen großen moralischen und materiellen Reichtum. Aber er führt auch jene Vermischung von Gott und Welt mit sich, deren „Infamie“ (Voltaire) in Europa in einem langen Prozess erst gebrochen werden musste. Der Islamismus ist ein Revisionsversuch in diesem Punkt. So wichtig die Abwehr des Terrors ist, so kann der Westen seine Sache nur nach vorwärts verteidigen, indem er die doppelte Steigerung von Säkularität und Religiosität weitertreibt. Das Trennungsprinzip der Laizität ist ein elementarer Hebel. Mit dem französischen Kopftuch-Gesetz eröffnet der Westen eine neue Front. Aus der Sicht der deutschen Halbherzigkeit mag das französische Kopftuch-Gesetz ebenso kolonial erscheinen wie die amerikanische Vorwärtsstrategie. Aber eine neue Beziehung zwischen Islam und moderner Bürgerschaft und Nationalität kann nur mit einer Zumutung beginnen, so wie die Öffnung der europäischen Welt mit einer solchen Zumutung begann. Frankreich hat diese Auseinandersetzung sicher nicht im vollen Bewusstsein aller Konsequenzen gewählt. Es wird in eine größere Auseinandersetzung hineingerissen werden und die Solidarität anderer Nationen brauchen – auch die deutsche Solidarität.

(Manuskript vom 25.3.2004, erschienen als Essay in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ am 4.4.2004 unter der Überschrift „Der Staat soll Schule machen“)